

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 14.4.2011

TOP 1

Erster Tagesordnungspunkt der Landtagssitzung war eine Aktuelle Stunde der ÖVP mit dem Titel „Kahlschlag im ÖBB Schienen-Güterverkehr – Auswirkungen auf NÖ Landesbürger“.

- [Kahlschlag im ÖBB Schienen-Güterverkehr - Auswirkungen auf NÖ Landesbürger](#)

Für LAbg. Erich Königsberger ist diese Aktuelle Stunde der ÖVP zynisch, da es LR Johann Heuras war, der 27 der 28 vom Land NÖ übernommenen Nebenbahnen zugesperrt hat. Übrig geblieben sei lediglich die Mariazeller Bahn. Vielen Pendlern bleibt jetzt nur mehr das Auto um zum Arbeitsplatz zu kommen, was angesichts des Spritpreiswahnsinns eine massive finanzielle Belastung für diese darstelle. SPÖ und ÖVP verhielten sich beide in puncto Infrastruktur vollkommen inkompetent. Beispielsweise sei geplant, mit Anfang Mai den Frachtenbahnhof in St. Pölten zu schließen, wofür sich ÖBB-General und SP-Genosse Kern verantwortlich zeichnet. Dadurch werde der Güterverkehr massiv von der Schiene auf die Straße verlegt, was das Verkehrsaufkommen in St.Pölten dramatisch steigern würde. Bürgermeister Stadler schaue hier tatenlos zu, wofür ihm die Bürger am 3. Juli die Rechnung präsentieren werden.

Abgeordneter Christian Hafenecker kritisiert den gegenseitigen Schlagabtausch zwischen ÖVP und SPÖ. Er nimmt auf die geschlossene Bahnlinie Hainfeld-Weissenbach, welche nun auch im Rahmen eines Tret-Draisinenprojektes touristisch genutzt werden soll. Vor Schließung dieser Strecke der Leobersdorferbahn wurden große finanzielle Mittel in die Restaurierung der Gleise investiert, ein paar Jahre später hat man sie geschlossen. Der Personenverkehr sowie der Güterverkehr wurden auf die Straße verlegt, was eine enorme Verkehrsbelastung darstellt und vielen Ortschaften die öffentliche Verkehrsanbindung genommen hat, weil auch der Fahrplan massiv gekürzt wurde. Da die Holzwirtschaft für den Bezirk Lilienfeld äußerst wichtig ist, ist das Aus für den Güterverkehr auf der Schiene dramatisch, da wieder alles auf die Straße berlagert wird.

TOP 2

Es folgte eine Aktuelle Stunde der FPÖ unter dem Titel „Ostöffnung: Rettet unsere Arbeitsplätze“.

- **Ostöffnung: Rettet unsere Arbeitsplätze**

LAbg. Ing. Martin Huber meint, dass es nur einem Zyniker eingefallen sein kann, die Öffnung des Arbeitsmarktes für den 1. Mai, den Tag der Arbeit, festzulegen. Durch die geringen Lohnniveaus in den osteuropäischen Staaten, welche oft nur ein Drittel des Österreichischen betragen, wird es unweigerlich zu einem massiven Zustrom von Osteuropäern auf unseren NÖ Arbeitsmarkt kommen. Es werde zu einem Verdrängungswettbewerb von österreichischen Arbeitnehmern durch billigere, osteuropäische Arbeitskräfte kommen, wodurch die jetzt schon hohe Arbeitslosenrate in NÖ weiter massiv ansteigen werde. Neben den Arbeitnehmern werde diese Ostöffnung auch die NÖ Klein- und Mittelbetriebe treffen, da nun auch osteuropäische Unternehmen ihre Dienstleistungen mit den eigenen Arbeitskräften uneingeschränkt in NÖ anbieten können. Ihre Steuern und Abgaben werden sie aber weiterhin in ihrer Heimat bestreiten, da diese dort niedriger sind. Diese Tatsache stellt für unsere heimischen Betriebe eine eklatante Wettbewerbsverzerrung dar, wodurch viele von Ihnen in den Konkurs schlittern werden. Die FPÖ NÖ wird weiterhin gegen diese Arbeitsmarktöffnung im Sinne der NÖ Bevölkerung eintreten!

Kubobmann Gottfried Waldhäusl kritisiert die Passivität von Minister Hundstorfer. Die SPÖ habe längst die Interessen der Arbeitnehmer über Bord geworfen und wisse nicht mehr, welche Sorgen und Anliegen die Bürger haben würden. Waldhäusl wies auch darauf hin, dass laut interner Arbeiterkammererhebung ein Zustrom von mehr als 100 000 Osteuropäern in den nächsten 3 Jahren droht. Die Gesetze, welche diesen Zustrom bzw. das folgende Lohn- und Sozialdumping verhindern sollten, seien vollkommen zahnlos und sprichwörtlich „zum Kren reiben“. SPÖ und ÖVP würden bewusst die Interessen der NÖ Arbeitnehmer auf dem Altar der EU opfern. Wenn LR Mikl-Leitner behauptet, dass unser Bundesland gut vorbereitet sei, zeigt es, dass ihr der politische Weitblick fehlt. Die FPÖ NÖ sei die einzige Partei, welche die Anliegen und Interessen der Bevölkerung ernst nimmt und auch vertritt. Daher werde man weiter gegen diese Arbeitsmarktöffnung kämpfen. Eine dementsprechende Kampagne „Rettet unseren Arbeitsmarkt“ sei bereits voll im Gange und deren Erfolg werde SPÖ und ÖVP wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen!

LAbg. Edmund Tauchner fragt sich, ob wir in NÖ nicht jetzt schon zu viele Arbeitslose hätten und wir diese Situation nicht auch noch durch einen Zustrom von Osteuropäern verschärfen dürften. Wenn man sich die Zusammensetzung dieser Arbeitslosen anschaut, dann seien schon genug Ausländer unter diesen.

TOP 3

- [Offensive Anti-Atompolitik gegenüber Nachbarstaaten](#)

Antrag einstimmig angenommen

*Zusatzantrag FPÖ „Weg mit den Schrottreaktoren in Grenznähe“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP (siehe Anhang 1)*

*Zusatzantrag FPÖ „Direktförderungen von Solar- Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP (siehe Anhang 2)*

KO Gottfried Waldhäusl zeigt über die heutige Diskussion der Anti-Atompolitik des Landes NÖ erfreut, hätte diese aber schon gern in der März-Sitzung diskutiert. Damals fand ein entsprechender freiheitlicher Antrag keine Zustimmung von ÖVP und SPÖ. Jetzt sei die ÖVP plötzlich munter geworden und habe diesen freiheitlichen Antrag kopiert. Waldhäusl bezog sich auch auf die Tatsache, dass im Februar ein FPÖ-Antrag gegen die Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe abgelehnt wurde, und heute würden beide Parteien Unterschriften gegen dieses Vorhaben sammeln. Aber es dürfe jedoch nicht nur bei der Ablehnung dieses Endlagers bleiben, vielmehr müsste man unsere „Atomnachbarn“ zu einer Abschaltung ihrer Schrottmeiler drängen. Die FPÖ fordert daher die Durchführung von verpflichtenden Stresstests für alle AKWs mit einheitlichen Regeln, einen Zehnjahresplan zur Abschaltung aller grenznahen Atomkraftwerke und keine Atommüllendlager in Grenznähe. Nur eine Abschaltung dieser Schrottmeiler könne unseren Kindern eine gefahrenfreie Zukunft garantieren! Es geht hier nicht um das Schlagen von politischem Kleingeld, alle Parteien müssten für dieses Ziel an einem Strang ziehen. Abgeordneter Benno Sulzberger brachte zu diesem Tagesordnungsordnungspunkt 2 Anträge ein. Diese beinhalteten die FP-Forderung nach verpflichtenden Stresstests für alle AKWs mit einheitlichen Regeln, einen Zehnjahresplan zur Stilllegung aller grenznahen Atomreaktoren und keine Atommüllendlager in Grenznähe sowie eine Direktförderung für Photovoltaik-, Solaranlagen und Wärmepumpen. Sulzberger bedauerte, dass diese beiden Anträge von der ÖVP abgelehnt wurden.

TOP 4

- [Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes](#)

Antrag einstimmig angenommen

*Resolutionsantrag der FPÖ „Verankerung der Parteienstellung im NÖ Raumordnungsgesetz“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne (siehe Anhang 3)*

LAbg. Christian Hafenecker kritisiert, dass das NÖ Raumordnungsgesetz Gemeinden ermögliche, Widmungsmonopole zu schaffen. Die ohnehin stark begrenzten Bürgerrechte müssten daher in einer dringenden Änderung dieses Gesetzes einbezogen werden. Der Abgeordnete fordert weiter, dass man die NÖ Raumordnung einer entsprechenden Reparatur unterziehen müsse, um die Parteienstellung der Bürger sicherzustellen.

TOP 5

- [Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz](#)

Antrag einstimmig angenommen

Für KO Gottfried Waldhäusl sind die Leistungen der NÖ Spitzensportler höchst erfreulich. Er nennt hierbei Benjamin Karl, Jürgen Melzer, Kathrin Zettel, Andreas Haidler-Maurer und die leider kürzlich verstorbene Claudia Heill. Besonders im Internationalen Jahr der Freiwilligentätigkeit müsste man die Tätigkeit der Ehrenamtlichen würdigen, die sich in vielen niederösterreichischen Sportvereinen engagieren. Überdies gebe es in Niederösterreich eine gute Mischung zwischen Breitensport und Spitzensport, was insbesondere für die Jugend und die Gesundheit von Vorteil sei.

TOP 6

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Abstimmung und Berichterstattung gemeinsam behandelt:

- [Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972](#)
- [Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997](#)
- [Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes](#)
- [Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes](#)
- [Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes](#)

Die getrennte Abstimmung über diese fünf Geschäftsstücke brachte jeweils folgendes Ergebnis:

*Antrag Motivenbericht Allgemeiner Teil Pkt. 2 (eingetragene Partnerschaften) : **Angenommen**: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ*

*Antrag Rest: einstimmig **angenommen**.*

LAbg. Benno Sulzberger spricht sich entschieden gegen eine rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der Ehe aus, da aus homosexuellen Beziehungen keine Kinder hervorgehen können und derartige Gemeinschaften nicht in der Natur des Menschen liegen. Die FPÖ werde daher dem Großteil dieser Gesetzesänderungen nicht zustimmen.

TOP 7

- [Maßnahmenpaket zur Entlastung der "Melkkuh" Autofahrer](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

*Abänderungsantrag FPÖ: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

Zusatzantrag FPÖ „Erhaltung des Frachtbahnhofes St. Pölten“: keine Abstimmung (Landtagspräsident sah keinen Zusammenhang)

KO-Stv. Erich Königsberger kritisiert den Spritpreisgipfel von VP-Wirtschaftsminister Mitterlehner, welcher keine Verbesserungen für die NÖ Autofahrer und Pendler gebracht habe. Wenn schon die Bundesregierung versagt, müsse das Land NÖ die Bürger aufgrund des aktuellen Spritpreiswahnsinns entlasten. Daher fordert die FPÖ NÖ die Einführung eines NÖ Tankgutscheines, welcher aus den Mehreinnahmen der Mineralölsteuer finanziert werden kann. Weiters müsse sich die Landesregierung für eine Halbierung der Mineralölsteuer einsetzen und das amtliche Kilometergeld erhöhen! Die Pendler dürfen nicht weiterhin von den Ölmultis und der Bundesregie-

rung abgezockt werden! Königsberger brachte auch einen Antrag ein, welcher die Erhaltung des Frachtenbahnhofes in St. Pölten zum Ziel hat.

TOP 8

- [Eintritt in Verhandlungen zum Ausbau der Wiener U-Bahn-, S-Bahn- und Straßenbahnlinien ins Wiener Umland nach NÖ](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP*

KO-Stv. Erich Königsberger begrüßt diesen Antrag, kritisiert aber, dass die FPÖ im Wiener Landtag einen ähnlichen Antrag eingebracht hat, welcher von SPÖ und Grünen abgelehnt wurde. Ein Ausbau dieser Linien sei durchaus positiv, eine Verlängerung bis nach Purkersdorf sei jedoch nicht zielführend. Dieses Geld sollte man vielmehr in die Unterstützung der Pendler investieren.

TOP 9

- [Wiedereinführung der Lehrstellenförderung und des Praxistests](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

LAbg. Ing Martin Huber unterstreicht, dass die Lehrlinge von heute die Facharbeiter von morgen sind. Daher sei unabdingbar, den Lehrberuf wieder aufzuwerten. Die Lehrstellenförderung muss wieder eingeführt werden, damit diesen Lehrlingen die bestmögliche Ausbildung gewährleistet werden kann und den Jugendlichen eine Chance für die Zukunft gegeben wird!

TOP 10

Es wurden 28 Gesetzesänderungen, welche sich mit der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der Ehe befassen gemeinsam behandelt:

Die FPÖ-Fraktion lehnte sämtliche diesbezügliche Änderungen ab und stimmt nur einem Punkt zu:

- [Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher](#)

Die übrigen Gesetzesänderungen wurden mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen beschlossen.

LAbg. Benno Sulzberger weist darauf hin, dass die Eingetragene Partnerschaft (Homo-Ehe) von der FPÖ NÖ abgelehnt wird. Aus Beziehungen zweier Männer oder Frauen können keine Kinder hervorgehen und darf daher niemals mit einer Ehe zwischen Mann und Frau gleichgesetzt werden

FPÖ-Antrag betreffend Fördermittel für den Blinden- und Sehbehindertenverband

*Antrag einstimmig **angenommen***

Abgeordneter Edmund Tauchner bringt einen Antrag betreffend Förderung des Blinden- und Sehbehindertenverbandes ein. Er appelliert an alle Fraktionen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

TOP 11

Anfragebeantwortungsdebatte zur

- [Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend Einflussnahme der ÖVP auf die Wahl des Landesfeuerwehrkommandanten](#)

FPÖ-Antrag auf Nichtzurkenntnisnahme: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne

KO Gottfried Waldhäusl erklärt, dass über jene Vorwürfe an die ÖVP, welche in einem Schreiben eines Bezirksfeuerwehrkommandanten getätigt wurden, unbedingt diskutiert werden müsse. Der Klubobmann habe daher auch an LR Stephan Pernkopf eine Anfrage gerichtet, um sicherzustellen, dass diese Wahl demokratisch und ohne Einfluss der ÖVP durchgeführt wurde. Auf Fragen betreffend der Einflussnahme ging LR Pernkopf bei seiner Beantwortung jedoch nicht ein.

Der VP-Abgeordnete Moser, welcher nach KO Waldhäusl das Wort ergriff, bestätigte in seiner Rede, dass die ÖVP in Gesprächen mit den Bezirkskommandanten für die Wiederwahl des jetzigen Landesfeuerwehrkommandanten interveniert habe.

ANHANG 1

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Sulzberger, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner und Hafenecker gem. § 60 LGO 2001

zu Ltg.-808-1/A-3/59 Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Forderungen zur Anti-Atompolitik, zu einem EU-weiten Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und dem Schutz von NÖ gegen die Gefahren der Kernenergie (7-Punkte-Katalog)

betreffend: Weg mit Schrottreaktoren und Atommüllendlagern in Grenznähe

Atomenergie ist nicht sicher. Die Ereignisse in Japan müssten Mahnung genug sein, um Kernkraft-Befürworter zur Einsicht zu bewegen. Doch es nützt wenig, wenn unser Land atomkraftfrei ist. Gerade Niederösterreich ist keine Insel der Seligen, sondern liegt mitten in der Gefahrenzone der überalterten störanfälligen Atommeiler Tschechiens (wo die Regierung nicht einmal den Stresstest für die AKW durchführen will) und der Slowakei.

Temelin (130!!! bekannte Störfälle bis jetzt), Mochovce und Bohunice - fast alle dieser Schrottreaktoren befinden sich in einem Umkreis von weniger als 200 Kilometer. Zum Vergleich: Das außer Kontrolle geratene AKW Fukushima ist 250 Kilometer von Tokio entfernt.

Die Folgen eines atomaren Unfalles in einem der Ost-AKW wären katastrophal, wie die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl vor 25 Jahren gezeigt hat. Neben den Atommeilern selbst gibt es auch noch die Frage der Zwischen- und Endlager. Es ist unakzeptabel, dass so ein Lager, wie von Tschechien geplant, an der Grenze zu Österreich errichtet wird.

Das Land NÖ muss hier an die Sicherheit der Bevölkerung denken und sich klar gegen die tschechischen Befindlichkeiten stellen. Diese Schrottmeiler und Endlager bedrohen uns alle.

Die FPÖ kämpft seit Jahren gegen die Atomgefahr für unser Land (z.B. mit dem erfolgreichen Volksbegehren gegen Temelin im Jahr 2002) und verlangt, dass seitens der Regierungen in Bund und Land sofort Druck auf die Nachbarstaaten ausgeübt wird.

Folgende Punkte sollen umgesetzt werden:

- verbindliche Stresstests für alle Atomkraftwerke mit einheitlichen EU-Standards
- 10-Jahres-Stufenplan für die Stilllegung der Ost-AKW
- keine Atommüllendlager in Grenznähe

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) **Der NÖ Landtag spricht sich eindeutig**
- a) für verbindliche Stresstests der Atomkraftwerke mit einheitlichen EU-Standards,**
 - b) für einen 10-Jahres Stufenplan für die Stilllegung der Ost-AKW und**
 - c) gegen Atommüllendlager in Grenznähe**
- aus.**
- 2) **Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die geforderten Punkte bei der Bundesregierung bzw. bei den entsprechenden Stellen der Europäischen Union einzufordern und auf deren Umsetzung zu drängen.“**

ANHANG 2

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Sulzberger, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner **und** Hafenecker **gem. § 60 LGO 2001**

zu Ltg.-808-2/A-3/59-2011 - Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend mehr Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energie

betreffend: **Direktförderung von Solar-, Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen**

Die Gefahren, welche von der Nutzung der Kernenergie ausgehen, haben sich in jüngster Zeit eindeutig gezeigt. Die so genannte friedliche Nutzung der Kernenergie ist mehr als in Frage gestellt und verlangt auf Dauer ein unbedingtes Abrücken von den AKW. Es ist eine noch raschere Umsetzung von mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern dringend notwendig.

Die NÖ Wohnbauförderungsrichtlinien 2011 sehen die Einzelförderungen des Landes NÖ für Photovoltaikanlagen, Solaranlagen und Wärmepumpen jetzt nicht mehr vor. Daneben ist keine Direktförderung mehr vorgesehen, sondern sind Förderungswerber verpflichtet, Bankdarlehen aufzunehmen.

Die Streichung der Einzelförderung für Photovoltaikanlagen, Solaranlagen und Wärmepumpen ist nicht nur ein verheerendes umweltpolitisches Signal, sondern hat auch für die heimische Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt negative Folgeerscheinungen.

Es ist daher unumgänglich, zur Erhöhung der Versorgungssicherheit, zur Stärkung der Wirtschaft und zur Entlastung der Umwelt die Förderaktionen des Landes NÖ für Photovoltaikanlagen, Solaranlagen und Wärmepumpen mit Förderbarwerten wieder einzuführen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, die Wohnbauförderungsrichtlinien dahingehend abzuändern, dass es wieder zu einer Förderung von Einzelmaßnahmen durch Direktzuschüsse für Photovoltaikanlagen, Solaranlagen und Wärmepumpen kommt.“

ANHANG 3

Resolutionsantrag

der Abgeordneten **Hafenecker, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, und Sulzberger** gemäß § 60 LGO 2001

zu Ltg. 867/A-1/60-2011 betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 betreffend: **Verankerung der Parteienstellung im NÖ Raumordnungsgesetz**

Das NÖ Raumordnungsgesetz regelt unter anderem die Rahmenbedingungen von Grundstücksumwidmungen in Niederösterreich. Leider ist darin bis dato kein Antragsrecht und somit keine Parteienstellung für Umwidmungswerber verankert. Das führt dazu, dass Widmungsansuchen nach Ermessen des Bürgermeisters bzw. Gemeinderates behandelt werden können und oftmals jahrelang unbearbeitet „liegen bleiben“. Für den Widmungswerber gibt es keine rechtliche Möglichkeit eine Behandlung seines Widmungswunsches durchzusetzen.

Diese Rechtslage untergräbt aber nicht nur Bürgerrechte, sondern ist auch die Grundlage dafür, dass Gemeinden durch eigens erstellte „Widmungsleitfäden“ oder Grundsatzbeschlüsse regelrechte „Widmungsmonopole“ errichten und dadurch zum Nachteil anderer Widmungswerber nachhaltig in den freien Markt eingreifen.

Die Verankerung von Antragsrecht und Parteienstellung im NÖ Raumordnungsgesetz würde dieser Entwicklung entgegenwirken.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung einen Gesetzesentwurf zu erstellen, in dem Antragsrecht und Parteienstellung betreffend das örtliche Raumordnungsprogramm im NÖ Raumordnungsgesetz verankert werden.“

